

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 10, 2024

1. Niedersachsen

1.1. Hannover: Haus der Religionen sagt Veranstaltung mit Amnesty International ab

Das Haus der Religionen in Hannover hat eine Veranstaltung zum internationalen Tag der Menschenrechte (10. Dezember) in Kooperation mit Amnesty International abgesagt. Grund sind Äußerungen der Organisation zum Nahostkonflikt, die die jüdischen Vertreter und Vertreterinnen als antisemitisch einstufen.

Nach der jüngst veröffentlichten Stellungnahme von Amnesty International zum Krieg in Gaza habe die geplante Veranstaltung Sorgen und Bestürzung bei den jüdischen Mitgliedern im Rat der Religionen geweckt, so der Sprecher des Rates der Religionen Hannover, Stadtsuperintendent Rainer Müller-Brandes. „Es ist gute Praxis im Haus und im Rat der Religionen,

solche Bedenken ernst zu nehmen und keine Veranstaltung gegen den Willen einer der bei uns engagierten Religionen durchzuführen. Daher haben wir die Entscheidung getroffen, die Veranstaltung kurzfristig abzusagen.“ Da es zur Ur-DNA des Hauses der Religionen gehöre, den Dialog zu fördern, plane das Haus eine Ersatzveranstaltung im neuen Jahr. „Mit dem Ziel, alle Gesprächspartner an einen Tisch zu holen“, so Müller-Brandes.

Die Absage der Veranstaltung hatte unter anderem Michael Fürst gefordert, der Präsident des Landesverbands Jüdischer Gemeinden in Niedersachsen. „Amnesty International geriert sich derzeit als antiisraelisch, nach meiner Auffassung sogar seit langer Zeit durchaus mit einem antisemitischen Hintergrund“, begründet Fürst seine Forderung.

Anlass war für ihn ein Bericht, den die Menschenrechtsorganisation am 5. Dezember veröffentlicht hat. Darin wirft Amnesty International Israel Völkermord an den Palästinensern in Gaza vor. Fürst betonte, die „brutale Ermordung von 1.300 Jüdinnen und Juden, die Verbrennung von Babys, die Vergewaltigung von Frauen“ all das sei bei Amnesty International „kein Thema, da es sich offensichtlich ‚nur‘ um Juden handelt.“ Die Geschäftsführerin des liberalen Landesverbands der israelitischen Kultusgemeinden von

Niedersachsen, Rebecca Seidler, sagte, Amnesty International habe sich als Kooperationspartner diskreditiert. „Da ist keine Zusammenarbeit möglich, diese Aussagen müssen erst aufgearbeitet werden“ ([mehr](#)).

Die Veranstaltung mit dem Titel „12. Hannöversches Forum zum Tag der Menschenrechte“ findet seit zwölf Jahren als Kooperation zwischen dem Rat der Religionen und Amnesty International statt. Geplant war ein Vortrag zum Thema „Menschenrechte im Krieg“ von Mathias John, der seit 44 Jahren bei Amnesty International aktiv ist.

Im Gazastreifen kamen nach Schätzungen 44.500 Menschen ums Leben. Der Internationale Strafgerichtshof hatte im November Haftbefehle gegen den israelischen Premier Benjamin Netanjahu und den einstigen Verteidigungsminister Joav Gallant sowie gegen den Hamas-Anführer Mohammed Deif erlassen ([mehr](#)).

1.2. Osnabrück: Bewährungsstrafe für Verfasser von Drohbriefen an Moscheen

Das Amtsgericht Osnabrück hat einen Mann aus Hagen wegen des Versands zahlreicher Drohbriefe zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.

Der 51-Jährige räumte ein, über einen längeren Zeitraum bis 2023 mehr als 40 Briefe mit

größtenteils rechtsextremistischen und islamfeindlichen Inhalten versandt zu haben, unter anderem an niedersächsische Moscheen. Die Schreiben waren teilweise mit Nazi-Symbolen versehen und mit dem Kürzel „NSU 2.0“ unterzeichnet.

Einen politischen Hintergrund könne das Gericht ausschließen, erklärte der Richter. Es habe sich vielmehr um einen privaten Racheakt gehandelt. Im Jahr 2016 war der Mann bei einem Internet-Geschäft betrogen worden. Mit den Drohbriefen habe er den Täter in Verruf bringen wollen, so das Gericht. Es bestehe keine Wiederholungsgefahr. Das Gericht ordnete außerdem 300 Stunden gemeinnützige Arbeit und eine Psychotherapie an ([mehr](#)).

1.3. Göttingen: Gesellschaft für bedrohte Völker sieht Gefahr für Israel durch syrische Islamisten

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) sieht die Lage in Syrien nach dem Sturz des Assad-Regimes als zunehmend gefährlich an.

Es gebe immer mehr Berichte über Misshandlungen und Drangsalierung von Minderheiten durch Angehörige der nun regierenden islamistischen Miliz, sagte der Nahost-Experte des GfbV, Kamal Sido, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Einige Islamisten kündigten

sogar an, bis nach Jerusalem vorzurücken, um Israel und die Juden zu vernichten. „Meine anfängliche Freude ist mittlerweile in Angst, Trauer und Bitterkeit umgeschlagen.“

In Deutschland feierten vor allem die konservativ-muslimischen Syrer den Sturz Assads, so Sido weiter. Er appellierte an die Demonstranten, deutlich zu machen, dass sie den Islamismus ablehnten. „Bitte habt keine Sympathie für eine Ideologie, die andere leugnet und verachtet.“ Sido warnte, dass bald nicht weniger, sondern mehr Menschen aus Syrien nach Deutschland fliehen könnten. Dazu gehörten auch etwa 200.000 Kurden, die in den vergangenen Tagen von den Milizen vertrieben worden seien. „Viele von ihnen werden nach Deutschland kommen, weil sie hier bereits Verwandte haben“, sagte Sido, der selbst aus der Region stammt. Er appellierte an die Politik in Deutschland, die syrischen Flüchtlinge nicht zurückzuschicken, sondern sich für eine Stabilisierung Syriens und den Aufbau einer Demokratie einzusetzen. Die NATO müsse den türkischen Präsidenten Erdogan dazu drängen, seinen Krieg gegen die Kurden zu beenden ([mehr](#)).

1.4. Was sonst noch war

– Hildesheim: Multireligiöses Friedensgebet von „Abrahams Runder Tisch“ ([mehr](#))

– Hannover: Neue Dauerausstellung im Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) erinnert an die „vergessene Judenverfolgung“ und die Zerstörung der Synagoge auf dem Gelände des MWK ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Köln: Muezzin-Ruf der DITIB-Hauptmoschee wird unbefristet genehmigt

Die Kölner DITIB-Zentralmoschee darf auch in Zukunft öffentlich zum Freitagsgebet rufen. Das teilte die Stadt Köln mit. Nach Ablauf der zweijährigen Probezeit gebe es keine Hinweise auf Verstöße gegen die vereinbarten Auflagen. Daher werde der mit der Moschee geschlossene Vertrag unbefristet verlängert.

Der öffentliche Ruf zum Freitagsgebet erklingt seit Oktober 2022. Er darf eine bestimmte Lautstärke nicht überschreiten, nicht länger als fünf Minuten dauern und nicht wiederholt werden. Die DITIB-Moschee ist den Angaben zufolge die einzige Moschee in Köln, die sich an dem Modellprojekt beteiligt hat ([mehr](#)).

2.2. Rheinland-Pfalz: Land will neue Bestattungsformen zulassen

Rheinland-Pfalz soll ein neues Bestattungsrecht bekommen. Bestattungen im Leichentuch ohne

Sarg, wie sie im Islam vorgeschrieben sind, sollen grundsätzlich erlaubt werden, teilte das Gesundheitsministerium mit. Auch die Weiterverarbeitung der Totenasche zu einem künstlichen Diamanten und die Bestattung der Asche in einem Fluss sollen künftig erlaubt sein.

„Die Bedeutung der Themen Tod und Bestattung hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert und weiterentwickelt. Hinzu kommt der gesellschaftliche Wandel, der den Bedarf an alternativen Bestattungsformen hat steigen lassen. Dem tragen wir nun Rechnung. Rheinland-Pfalz bekommt das modernste Bestattungsrecht“, sagte Gesundheitsminister Clemens Hoch (SPD) ([mehr](#)).

2.3. Berlin: Senat streicht Mittel für das Drei-Religionen-Kita-Haus

Die Mittel für das geplante „Drei-Religionen-Kita-Haus“ in Berlin sollen gestrichen werden. Das wurde kurz vor dem Beschluss des Haushalts des Landes Berlin bekannt.

Das seit vielen Jahren geplante Projekt sollte eine jüdische, eine muslimische und eine christliche Kita unter einem Dach vereinen und eine Umgebung schaffen, in der das interreligiöse Zusammenleben „von frühester Kindheit an als Normalität gelebt und gemeinsam gestaltet

wird“. Im April 2024 war das Vorhaben vor Baubeginn mit dem Förderpreis der Deutschen Nationalstiftung ausgezeichnet worden.

Die Finanzierung des Projekts lag bisher vor allem in den Händen des Evangelischen Kirchenkreises Stadtmitte. Für die Jahre 2025–2027 hatte das Land Berlin eine Zuwendung von 4,7 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Bildungs-senatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) teilte nun mit, dass daraus aufgrund der knappen Kasse des Landes nichts werde. Im Übrigen brauche es in Friedrichshain keine neuen Kita-plätze.

Die Evangelische Kirche reagierte „bestürzt“ auf die Absage der Finanzierung und bat darum, die Entscheidung „zu überdenken und zurückzunehmen“. Es handele sich um ein Projekt, „bei dem Antisemitismus-Bekämpfung mit den Kinderschuhen beginnt“. Die bislang investierten Mittel seien bei einem Aus „sinnlos verbrannt“. Der SPD-Jugendpolitiker Alexander Freier-Winterwerb sagte dem Tagesspiegel, es sei ein „Skandal, dass ein solches Leuchtturmprojekt plötzlich zerstört wird“ ([mehr](#)).

2.4. Was sonst noch war

– Frankfurt: Jährliche Begegnung zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Koordinationsrat der Muslime ([mehr](#))

- Zentralrat der Juden kritisiert Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu als „absurd“ ([mehr](#))
- Paris: Kirche Notre Dame nach Brand wiedereröffnet ([mehr](#)).

3. Video

Humanistischer Verband – Wer ist das?

Religionen im Gespräch, Basics (10)

Gast: Hans-Jörg Jacobsen, Humanistischer Verband Deutschlands Niedersachsen

Moderation: Wolfgang Reinbold, Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

4. Meinungsforschung

Neue Studien zu Antisemitismus und Autoritarismus in Deutschland

4.1. Studie des Hamburger Kriminologen Peter Wetzels mit Jannik Fischer: „Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland: Befunde aktueller repräsentativer Befragungen zu Trends seit 2021 und den Einflüssen von Migrationshintergrund, Religionszugehörigkeit und Religiosität“ ([hier](#)).

Zentrale Befunde/Thesen:

- „signifikant erhöhte Ausprägungen antisemitischer Einstellungen“ unter Muslim:innen, „signifikante Zuwächse zwischen 2021 und 2023, die sich bei anderen Gruppen so nicht finden.“
- „Es besteht bei Muslim:innen ein ausgeprägter Zusammenhang zwischen dem Ausmaß antisemitischer Einstellungen und der Frequenz der kollektiven Religionspraxis – also der Häufigkeit des Besuchs von Moscheen (Gebets- und Gotteshäusern). Gleichzeitig gibt es, wie auch bei Christ:innen, keine Hinweise auf Zusammenhänge der spirituellen Religiosität, der Zentralität der Religion oder der individuellen Religionspraxis mit Antisemitismus.“
- Besuchen Muslim:innen „eher selten Moscheen oder Gebetshäuser, liegt der Anteil der manifest antisemitisch Eingestellten bei 9,6%, während er bei den regelmäßigen Moscheebesucher:innen bei 35,6% liegt“.
- Es liege „die Annahme nahe, dass Moscheen in Deutschland in nicht unerheblichem Maße auch zur Verbreitung antisemitischer Ressentiments genutzt werden.“

4.2. Studie des Duisburger Politikwissenschaftlers Cemal Öztürk und des Leipziger Religionssoziologen Gert Pickel: „Antisemitismus unter Muslim*innen: Sozialisation, religiöse Tradierung oder herkunftsübergreifendes Feindbild des islamischen Fundamentalismus“ ([hier](#)).

Zentrale Befunde/Thesen:

– „Antisemitische Feindbilder sind vor allem unter fundamentalistischen Muslim*innen verbreitet – und zwar unabhängig von ihrem Herkunftskontext.“

– Die Kritik „sollte sich nicht an die heterogene Gruppe der Muslim*innen insgesamt richten, sondern gezielt an die Anhänger*innen des fundamentalistischen Islam und deren institutionelle Strukturen, die islamismusaffine Haltungen und Normen fördern. Viele Muslim*innen in Deutschland empfinden den pauschalen Generalverdacht als diskriminierend und sind sensibel für die damit verbundene Stigmatisierung. Im schlimmsten Fall kann aus dieser Situation eine selbsterfüllende Prophezeiung entstehen, da Muslim*innen, die sich vor Diskriminierung und rassistischer Gewalt fürchten, anfälliger für Antisemitismus sind. Dieser Befund, der auf die Entstehung einer toxischen Opferkonkurrenz hinweist, sollte in zukünftigen Studien genauer untersucht und interpretiert werden.“

4.3. 12. Leipziger Autoritarismus-Studie ([hier](#)).

Zentrale Befunde/Thesen:

- „Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nimmt ab. In den ostdeutschen Bundesländern ist die Zufriedenheit mit der Demokratie so gering wie zuletzt 2006.“
- Ausländerfeindlichkeit nimmt zu, sie hat sich „zu einem bundesweit geteilten Ressentiment entwickelt“.

Wir wünschen unseren christlichen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten.

Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir ein gesegnetes neues Jahr.

Den Interreligiösen Kalender 2025 des Hauses der Religionen und des Integrationsbeauftragten des Landes Niedersachsen, Deniz Kurku, finden Sie [hier](#) (als pdf-Datei; gedruckte Exemplare können bestellt werden).

Den nochmals erweiterten digitalen Kalender für das Smartphone und den Computer finden Sie [hier](#) (ein Projekt des Hauses der Religionen in Kooperation mit www.religionen-entdecken.de).

Hannover, den 16.12.2024

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, Service Agentur
Interreligiöser Dialog, Prof. Dr. Wolfgang Reinbold
wolfgang.reinbold@evlka.de, 0511-1241-972, www.kirchenagentur.de
ISSN 2191-6772